

Chronik des Tages.

— Reichsbankpräsident Schacht ist von seiner Reise ins Ruhrgebiet nach Paris zurückgekehrt.
— Koffort ist jetzt auch in Thüringen und Baden verboten worden.
— Im Preussischen Landtag kam es bei der Besprechung der Berliner Rat-Anträge zu stürmischen Tumulten.
— Die französischen Gemeinderatswahlen brachten der elsässischen Heimatsfront große Erfolge.
— Englischen Meldungen aus Schanghai zufolge soll Oberst Bauer in Hankau verhaftet worden sein.
— Heinrich Illie, der 71-jährige Berliner Typen, hat einen neuen Schlaganfall erlitten, der ihn der Sprache beraubt hat.
— Auf der Elbe ist an der Mündung des Planener Kanals ein Dampfer in die Luft geflogen. Der Steuermann war sofort tot. Von den übrigen Personen der Besatzung fehlt jede Spur.
— Der Luftschiffbruder Alois Tripp wurde in Düsseldorf zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.
— Der frühere deutsche Kampfflieger Bernhard Lauer ist in Kalifornien tödlich abgestürzt.

Die Sachsenwahlen.

Eine der letzten Amtshandlungen des ehemaligen Reichsgerichtspräsidenten und Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes Dr. Simons war die Ungültigkeitserklärung der sächsischen Landtagswahlen vom Jahre 1926. Die sächsische Regierung hatte feinerzelt beschlossen, daß Parteien, die bisher im Landtag nicht vertreten waren, zur Wahl nur dann zugelassen werden sollten, wenn sie eine Kaution von 3000 Mark und eine größere Anzahl von Unterschriften als Bürgschaften für jeden Wahlvorschlag beibringen würden. Verschiedene kleine Parteien, darunter das in Sachsen nur schwach vertretene Zentrum, hatten sich durch diese Bestimmungen benachteiligt gefühlt und beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Beschwerde erhoben. Die Klage war allerdings später wieder zurückgenommen worden, dagegen hatte inzwischen die sozialdemokratische Landtagsfraktion, die bekanntlich in Opposition zur gegenwärtigen sächsischen Regierung steht, ebenfalls Klage erhoben und die Ungültigkeitserklärung der Landtagswahlen gefordert, mit der Begründung, daß durch die Kautionforderung die Reichsverfassung verletzt worden sei. Da der Staatsgerichtshof dieser Beschwerde stattgab, mußte das sächsische Volk am 12. Mai erneut zur Wahlurne schreiten.

Der Wahlkampf hatte diesmal ein anderes Aussehen erhalten gegen früher, da die bürgerlichen Parteien Burgfrieden geschlossen und von jeder gegenseitigen Befehdung Abstand genommen hatten. Sie marschierten zwar getrennt, waren aber einig im Ziel, das darin bestand, eine Wiederkehr der sozialistischen-kommunistischen Aera Reizner um jeden Preis zu verhindern. Zu diesem Zwecke war ein staatsbürgerlicher Wahlausschuss gebildet worden, an dessen Spitze der ehemalige Volksbildungsminister Reizner sowie führende Persönlichkeiten mehrerer anderer bürgerlicher Parteien standen. Dieser nahezu geschlossenen bürgerlichen Front standen die beiden Antiparteien — Sozialdemokraten und Kommunisten — gegenüber, die sich wohl beide sehr scharf befleißigten, aber gegen die Bürgerlichen die schärfste Kampfstellung einnahmen.

Kun ist die Wahlschlacht geschlagen. Das Ergebnis des Kampfes ist darin zu sehen, daß ein Rechtsruck sowohl im ganzen Wahlergebnis, als auch in den Verteilungen innerhalb der bürgerlichen Parteien nicht zu verkennen ist. Die bürgerliche Front ist gestärkt aus dem schweren Ringen hervorgegangen. Während die Bürgerlichen im alten Landtag von 96 Mandaten insgesamt nur 47 innehatten und auf die Unterstützung durch die vier Antisozialisten angewiesen waren, verfügen sie in dem neuen Parlament über 49 Mandate, ohne daß die Antisozialisten, deren Zahl auf 2 gesunken ist, miteingerechnet sind. Im übrigen hat es natürlich innerhalb des bürgerlichen Lagers einzelne Verschiebungen gegeben. Den höchsten Mandatsgewinn erzielten die Nationalsozialisten, die ihre bei der letzten Reichstagswahl erzielte Stimmenzahl von 82 610 auf 133 792 erhöhten und dementsprechend ihre Mandatszahl von 2 auf 5 steigern konnten. Auch die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei haben gegenüber der Reichstagswahl einen beachtenswerten Stimmenzuwachs erhalten und je ein Mandat gewonnen, während die Deutschnationalen (einschließlich Sächsl. Landvolk), die Demokraten und die Volkrechtspartei unter zum Teil sehr empfindlichen Stimmeinbußen je ein Mandat verloren haben. Das Zentrum ist bei 25 440 Stimmen auch diesmal ohne Mandat ausgegangen. Bei den Linksparteien haben die Kommunisten zwei Mandate verloren, die offenbar den Sozialdemokraten zugesallen sein dürften. Die kommunistische Opposition, die nach der Trennung von der kommunistischen Fraktion 1 Sitze zählte, hat alle ihre Mandate verloren. Die Sozialdemokratie hat, wie gesagt, 2 Mandate gewonnen, gegenüber der Reichstagswahl von 1926 aber rund 75 000 Stimmen eingebüßt.

Obwohl die sächsischen Wahlen eine Stärkung der bürgerlichen Front ergeben haben, bleiben die Mehrheitsverhältnisse weiter verworren, und die Bildung der neuen Regierung wird sehr langwierig werden. Es gibt keine kommunistisch-sozialistische Mehrheit, aber auch die sichere Mehrheit der Regierung fehlt nicht mehr vorhanden. Ohne die Nationalsozialisten, die bisher zu der Regierung in Opposition gestanden haben, verfügen die bisherigen Regierungsparteien einschließlich der Antisozialisten nur über 48 Mandate. Ob die Nationalsozialisten sich jetzt, wo sie einen so großen Erfolg erzielt haben, in die Regierungsführung einreihen werden, ist sehr fraglich. In unterrichteten Kreisen hält man es für ausgeschlossen, daß sie in ein Kabinett eintreten werden, das unter der Führung eines Antisozialisten steht. Unter diesen Umständen ist damit zu rechnen, daß die bisher von den beiden antisozialistischen Ministern — dem Ministerpräsidenten Heldt und dem Arbeitsminister Elsner — verwalteten Ministerämter bürgerlichen Abgeordneten anvertraut werden.

Dies ist um so mehr zu erwarten, als die Antisozialisten, die schon bisher zahlenmäßig zu den kleinsten Fraktionen zählten, nur noch „halbiert“, mit zwei Abgeordneten, in den neuen Landtag einzutreten. Auf jeden Fall wird der Parlamentarismus in Sachsen in Zukunft erst recht mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Die einzelnen Wahlkreisergebnisse.

(Amtlich.)

Wahlkreis 1 Dresden-Vaugen.

Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis für den Wahlkreis 1 Dresden-Vaugen: (Die erste Zahl in der Klammer bedeutet die Reichstagswahl vom 20. 5. 28., die zweite die Landtagswahl vom 31. 10. 28.) S. P. D. 368 636 (400 502 — 290 308), Dnat. 51 524 (117 991 — 144 175), DVP. 129 047 (112 150 — 102 141), Wirtschaftspartei 109 594 (80 624 — 97 722), RPD. 93 606 (105 877 — 88 623), Dem. 54 488 (62 657 — 47 427), RPD. (Opposition) 4625, Volkrechtspartei 11 328 (15 361 — 21 770), Antisozialisten 20 601 (17 268 — 48 140), Nationalsozialisten 86 580 (18 245 — 7662), Zentrum 15 431 (13 984 — 15 664), Sächsisches Landvolk 85 414 (83 336 —).

Wahlkreis 2 Leipzig.

Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis für den Wahlkreis 2 Leipzig: (Die erste Zahl in der Klammer bedeutet die Reichstagswahl vom 20. 5. 28., die zweite die Landtagswahl vom 31. 10. 28.) S. P. D. 258 028 (793 921 — 212 178), Dnat. 54 702 (49 792 — 87 029), DVP. 115 596 (98 119 — 101 248), Wirtschaftspartei 69 478 (53 047 — 36 225), RPD. 111 093 (121 329 — 107 177), Dem. 82 517 (45 281 — 33 281), RPD. (Oppos.) 8067, Volkrechtspartei 28 478 (31 255 — 35 019), Antisozialisten 7704 (7597 — 24 868), Nationalsozialisten 25 741 (14 901 — 5778), Zentrum 4895 (4411 — 3033), Sächsisches Landvolk 88 504 (42 416 —). Wahlberechtigt waren 901 568 Personen; Wahlbeteiligung 745 358 (Reichstagswahl 20. 5. 28.: 761 291).

Wahlkreis 3 Chemnitz-Zwickau.

Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis für den Wahlkreis 3 Chemnitz-Zwickau: (Die erste Zahl in der Klammer bedeutet die Reichstagswahl vom 20. 5. 28., die zweite die Landtagswahl vom 31. 10. 28.) S. P. D. 295 453 (319 998 — 246 524) Dnat. 81 187 (86 705 — 109 949), DVP. 118 778 (105 748 — 88 698), Wirtschaftspartei 125 386 (98 381 — 108 679), RPD. 141 118 (154 962 — 115 582), Dem. 28 092 (39 468 — 30 809), RPD. (Opposition) 9902, Volkrechtspartei 30 291 (40 929 — 41 690), Antisozialisten 11 260 (10 009 — 24 877), Nationalsozialisten 71 471 (41 497 — 24 885), Zentrum 5814 (5124 — 4492), Sächsisches Landvolk 36 604 (39 724 —).

Pressstimmen zur Landtagswahl.

Der „Dresdner Anzeiger“ stellt in seinen Betrachtungen über das Ergebnis der Landtagswahlen zunächst fest, daß die Wahlbeteiligung wieder schlecht gewesen sei und nur 75,14 v. H. betragen habe. Allein in Dresden hätten mehr als 120 000 Männer und Frauen ihre Wahlpflicht nicht erfüllt. Die Hauptgewinnerin sei die Partei Hitlers. Man habe mit einem Gewinn der Nationalsozialisten wohl allgemein gerechnet, nicht aber damit, daß er so groß ausfallen würde. Es habe einzelne Drie gegeben, in denen sie ihre Stimmenzahl seit der Landtagswahl von 1926 verzehnfacht hätten, insgesamt aber seien sie bei dem Drei- bis Vierfachen nur auf das Doppelte der Reichstagswahlen gelangt. Werde diese Partei sich immer der großen Verantwortung bewußt sein, die ihr der neue Landtag stelle? Der Gesamtschluß aus dem Ergebnis des 12. Mai sei: Es gebe keine linksradikale Mehrheit, aber auch die sichere Mehrheit der Regierung fehlt nicht mehr vorhanden. Der Parlamentarismus in Sachsen werde in Zukunft erst recht kein leichtes Spiel sein.

Das „Chemnitzer Tageblatt“ schreibt als einzige Chemnitzer Morgenzeitung zu den sächsischen Landtagswahlen u. a.: „Wir wollen es mit einem Worte sagen, wir haben besser gewährt, als viele gefürchtet und die Sozialdemokraten gehofft haben. Wer diese neue Beunruhigung des sächsischen Volkes mit dem Kampf der Parteien und die leichtfertige Verkümmelung der Kleinigkeit von einhalb Millionen Reichsmark für diese Wahl auf dem Gewissen hat, das weiß jeder. Die Sozialdemokraten waren es, die das bekannte Urteil des Staatsgerichtshofes auf Ungültigkeit des vorigen Landtags herbeiführten.“

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erklären: „Und das Ergebnis, das hocherfreuliche Ergebnis des erbitterten Wahlkampfes, sei einer Farsen gleich in alle Winde hinausgeschmettert: Kein Sowjettschick! Die marxistische Linke ist mit rund 1 200 000 Stimmen den vaterländischen Parteien unterlegen, die rund 1 400 000 Stimmen zu erringen vermochten! Der Unterschied zugunsten der radikalen Linken beträgt mithin 119 000 Stimmen. Triumph, daß dieser Sieg nach hartem, heißem Kampf errungen war.“

Wahlvorbereitungen in Mecklenburg.

Die Deutsche Volkspartei für eine bürgerliche Einheitsliste.

Der Landesparteitag der Deutschen Volkspartei, der am Sonntag in Schwerin tagte, befaßte sich u. a. mit der Frage der Aufstellung einer bürgerlichen Einheitsliste für die bevorstehenden Landtagswahlen. Uebereinstimmung wurde darüber herbeigeführt, daß die D. Vp. grundsätzlich die Aufstellung einer solchen Einheitsliste wünscht und sich an den Verhandlungen beteiligen will.

Am Sonntag trat in Güstrow der sozialdemokratische Parteitag für Mecklenburg zusammen, um zu den bevorstehenden Landtagswahlen Stellung zu nehmen. Unter anderem ist auch die Kandidatenliste aufgestellt worden. In aussichtsreichster Stelle kandidieren der mecklenburg-schwerinsche Ministerpräsident Schröder und der Landwirtschafts- und Finanzminister Wich, die beide seit drei Jahren der mecklenburgischen Regierung angehören.

Die Stichwahlen in Frankreich.

Sieg der elsässischen Heimatsfront.

Am Sonntag fand der zweite Wahlgang der französischen Gemeindevahlen in 20 000 Gemeinden und Wahlbezirken statt, in denen der erste Wahlgang keinem der Kandidaten die absolute Mehrheit brachte. In Innerfrankreich sind im großen und ganzen wenig Veränderungen eingetreten. In Paris ist durch die Stichwahl die frühere Rechtsmehrheit gestärkt worden. In der Provinz ist die Niederlage Derivots und sein Rücktritt vom Bürgermeisteramt in Lyon hervorzuheben.

Einen sensationellen Ausgang haben die Stichwahlen in den elsässischen Städten gehabt. In Straßburg, Kolmar, Schlettstadt und Haguenau haben die Stichwahlen den vereinigten Heimatsgruppen trotz erbitterter Gegenwehr der französischen Nationalisten und der Sozialisten einen vollständigen Sieg gebracht.

In Kolmar vermochten die verbündeten Autonomisten und Kommunisten unter Führung des Gemeinderatsherrn Rosse sämtliche 30 Sitze des Gemeinderats zu besetzen, der in den letzten vier Jahren von den Gegnern der Autonomie beherrscht war. Die Kolmarer Wahl wird unter Umständen neue politische Komplikationen nach sich ziehen, da der zum Bürgermeister bestimmte Autonomist Rosse durch den vorjährigen Komplottprozeß bekanntlich die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verloren hat. Der Kampf um die bisher stets verweigerte Amnestie wird nun neu aufleben.

Rosé Bürgermeister von Straßburg?

Die französische Presse droht mit Boykott.

In Straßburg bestand der Gemeinderat früher gleichfalls aus Feinden der Heimatbewegung. Sie haben nur noch ein knappes Drittel der Ratsitze besetzen können. Die Sozialisten haben von ihren 24 Mandaten nur 7 retten können. Eine ebenso autonomfeindliche demokratisch-katholische Liste konnte 8 Sitze erlangen. Sämtliche übrigen Sitze eroberten die als „Elsässische Volksfront“ zusammengesetzten Heimatparteien, deren namhafteste Führer gewählt sind, u. a. der katholische Autonomist Walter, der Liberale Dahlet, die Landesparteiliker Haus und Schall und der Kommunist Hueber.

Besonders sensationell wird in Frankreich aber die Wahl des Autonomisten Dr. Rosé wirken, der unter der Anklage des „Komplotts gegen die Sicherheit des französischen Staates“ steht, und seit November in Untersuchungshaft ist. Als Symbol ihres Sieges und als politische Demonstration für die Heimatforderungen werden ihn die Autonomisten und Kommunisten zum Bürgermeister von Straßburg proklamieren. Die französische Presse hatte für den Fall eines Sieges der verbündeten Autonomisten und Kommunisten mit wirtschaftlicher Schädigung der Stadt gedroht, ein Aufmarsch des „Temps“ hatte sogar besondere Vorsichtsmaßnahmen der Regierung für nötig erklärt, wenn die von ihm als „Separatisten“ und „Feinde Frankreichs“ bezeichneten Parteien die Grenzstadt Straßburg in die Hand bekommen sollten.

Für die französische Öffentlichkeit wird es nur ein schwacher Trost sein, daß in Altkhausen der nationalsozialistische Bürgermeister Widm mit seiner sozialistischen Liste in der Stichwahl nochmals siegreich war. Die übrigen Mandate fielen an Radikalsozialisten, Nationalkatholiken und Demokraten.

10 Jahre Deutscher Schutzbund.

Ausflug zur Jubiläumstagung.

Die Jubiläumstagung des Deutschen Schutzbundes hat mit der Versammlung der Fahrtteilnehmer in Friedrichshafen ihren Anfang genommen. Heber hundert Vertreter des Deutschtums aus den europäischen Siedlungsgebieten hatten sich in Friedrichshafen eingefunden, um zunächst die Juppelinwerk zu besichtigen. Auf einem feierlichen Empfang in Dregenz erinnerte Landesstatthalter Dr. Redler-Dregenz an die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die besonders deutlich in der Boykottierung Südtirols in Erscheinung trete.

Am Montag wurden die Teilnehmer der Jubiläumstagung im Schloß Ambras bei Innsbruck von der Tiroler Landesregierung empfangen. Landeshaupmann Stumpf erklärte in seiner Begrüßungsansprache, gerade Tirol als die südlichste Grenze des deutschen Sprachgebietes verfolge die Arbeit des Deutschen Schutzbundes mit besonderem In-